

## NIEDERSCHRIFT

über die 12. Sitzung der Gemeindevertretung am Montag, dem 26. März 2001 um 20.00 Uhr im Gemeindeamt Sulz.

### **Anwesende Gemeindevertreter:**

Gut Adalbert, Wutschitz Karl, Konzett Kurt, Strauß Manfred, Baldauf Kurt, Hartmann Raimund, Schnetzer Walter, Nachbaur Fritz, Frick Raimund, Kronberger Meinhard, Fleisch Udo, Entner Herbert, Frick Karlheinz, Mathies Lothar, Dria Daniela, Elsensohn-Büchelhofer Susanna, Reisegger Wilhelm

### **Anwesende Ersatzleute:**

Marte Johannes, Malin Thomas, Greussing Thomas

### **Entschuldigt abwesende Gemeindevertreter:**

Bawart Christoph, Kopf Werner, Summer Reinhard, Nitz Bernhard,

### **Tagesordnung**

1. Info-Abend mit DI Fritz Studer, Geschäftsführer des Umweltverbandes zu den Themen:
  - a) Wertstoffhof; Zukunftsplanung
  - b) weitere Entwicklung der Restmüllentsorgung
2. Genehmigung des letzten Sitzungsprotokolls
3. Nachtragsvoranschlag für 2000
4. Beitragsleistung an den Sozialfonds
5. Berichterstattung über die Beratung des Verkehrs- u. Umweltausschusses zum Projekt Schöffengeweg und eventuelle Entscheidungsfindung
6. Berichte und Allfälliges

### **Erledigung**

1. Der Vorsitzende begrüßt DI Fritz Studer, der sich bereit erklärt hat, die Gemeindevertretung über die Themen „Wertstoffhof“ und „Entwicklung der Restmüllentsorgung“ zu informieren.  
 DI Studer erklärt, dass er vor ca. 1 Jahr auf Wunsch der Regio-Gemeinden ein Konzept für einen Wertstoffhof erarbeitet hat. Dabei wurde im speziellen eine gemeinsame Lösung für die Gemeinden Sulz, Röthis, Zwischenwasser am Standort Austraße (Häfele-Grundstück) untersucht.  
 Zum damaligen Zeitpunkt litten alle Gemeinden an den überfüllten Containern. Durch die Einführung des „Gelben Sackes“ ist inzwischen eine deutliche Entspannung eingetreten. Durch den Wegfall der Kunststoffcontainern ist auch die Verschmutzung der Sammelstellen viel geringer geworden.  
 Zum Problem für viele Haushalte wurden jedoch die viele Behälter, die für eine sortenreine Trennung erforderlich sind. Gerade in kleineren Wohnungen gibt es daher teilweise Platzprobleme. Dies dürfte sich jedoch durch die vermehrten Abfuhrtermine ab April deutlich bessern.  
 Ein Problem stellt die Altpapiersammlung dar, da das erhöhte Volumen (Umwandlung der Kunststoffcontainer in Altpapiercontainer) bereits wieder ausgenutzt ist. Das Altpapiersammelergebnis ist im letzten Jahr um 14 % gestiegen. Dies ist in erster Linie auf das Altpapier aus kleineren Betrieben zurückzuführen.

Hingegen sind beim Altmetall und Altglas die vorhandenen Sammelbehälter derzeit ausreichend.

Es stellt sich daher die berechtigte Frage der Sinnhaftigkeit eines Wertstoffhofes. Da verschieden Fraktionen, wie Bauschutt, Gartenabfälle, Problemstoffe etc. von der Sammlung nicht erfasst werden, ist für diesen Bereich ein Wertstoffhof durchaus sinnvoll. Es ist ein Faktum, dass Österreichweit in vielen Gemeinden Wertstoffhöfe für die Entsorgung dieser Stoffe in Verwendung stehen.

So hat zum Beispiel die Gemeinde Schruns alle Sammelbehälter abgezogen und die gesamte Müllentsorgung auf den Wertstoffhof konzentriert. Ein großer Nachteil einer solchen Lösung ist jedoch die große Zunahme des Individualverkehrs.

Vor der Einrichtung eines Wertstoffhofes ist zuerst zu überlegen welche Entsorgungsleistungen angeboten werden sollen.

Ein weiterer Überlegungspunkt ist die Kostenfrage. Bei der damaligen Studie ergaben sich zusätzliche Kosten von ca. ATS 80,-- pro Einwohner/Jahr. Dabei muss aber berücksichtigt werden, dass diese Kosten nur eine Grobschätzung darstellen und keinesfalls für eine Entscheidung herangezogen werden können.

Folgende Veränderungen sind in den nächsten 3 Jahren zu erwarten:

Eine große Veränderung bei der Müllentsorgung wird es ab dem Jahr 2004 geben, da ab diesem Zeitpunkt die Deponieverordnung gilt. Es dürfen dann keine unbehandelten Stoffe mehr auf Deponien eingelagert werden. In welche Richtung die Müllentsorgung dann geht, ist heute schwer vorauszusagen. Derzeit ist vieles unklar, weshalb bei Investitionen in diesem Bereich einiges zu überlegen ist (z.B. Finanzierung).

Auch die Entsorger überlegen sich Lösungen. Diese möchten die Altstoffe natürlich auch in Zukunft abholen.

Ein großer Kostenfaktor bei der Deponierung stellt der Altlastensanierungsbeitrag dar. Dieser wird in den nächsten Jahren von derzeit ATS 600,-- pro Tonne auf ATS 1.200,-- pro Tonne steigen.

Nach eingehender Diskussion über die Vor- und Nachteile eines Wertstoffhofes wird einhellig die Ansicht vertreten, dass die Entscheidung bis zum Jahr 2004 hinaus geschoben werden soll, da derzeit die entstehenden Mehrkosten und der anfallende Mehrverkehr in keinem Verhältnis zum Komfortgewinn stehen.

2. Die Niederschrift über die 11. Gemeindevertretungssitzung vom 5.3.2001 wird ohne Einwand genehmigt.
3. Der Vorsitzende berichtet, dass sich auf Grund verschiedener Änderungen im Laufe des Jahres 2000 bei verschiedenen Haushaltsstellen größere Abweichungen ergeben haben bzw. Anschaffungen getätigt wurden, die im Voranschlag nicht vorgesehen waren. Es ist daher folgender Nachtragsvoranschlag für das Jahr 2000 notwendig:

Einnahmen			
2/211+ 8611	Volksschule, Landesbeiträge	Erhöhung um	2.780.000,--
2/612+ 8174	Straßenbau, Kostenersätze	Erhöhung um	760.000,--
2/649+ 861	Öffentl. Verkehr, Landesbeiträge	Reduzierung um	-60.000,--
2/840+ 001	Verkauf von Grundstücke	Erhöhung um	1.820.000,--
2/850+ 8661	Annuitätenzuschuss BA 04	Reduzierung um	-90.000,--
2/920+ 831	Grundsteuer B	Erhöhung um	100.000,--
2/920+ 8331	Kommunalsteuer	Erhöhung um	670.000,--
2/920+ 836	Getränksteuer	Reduzierung um	-460.000,--
2/941+ 8602	Mineralölsteuerzuschlag	Reduzierung um	-160.000,--
			<u>5.360.000,--</u>

Ausgaben			
1/030-510	Bauverwaltung, Gehälter	Erhöhung um	150.000,--
1/163-010	Feuerwehrhaus, Neubau	Reduzierung um	-400.000,--
1/211-010	Volksschule, Neubau	Erhöhung um	2.500.000,--
1/211-042	VS, Einrichtung	Erhöhung um	170.000,--
1/211-614	VS, Gebäudeinstandhaltung	Erhöhung um	210.000,--
1/211-700	VS, Leasing	Reduzierung um	-260.000,--
1/211-70001	VS, Kautions	Reduzierung um	-240.000,--
1/212-080	HS, Investitionsbeiträge	Erhöhung um	160.000,--
1/212-7202	HS, Schulerhaltungsbeiträge	Reduzierung um	-360.000,--
1/560-754	Beitrag an Spitalfonds	Erhöhung um	260.000,--
1/814-728	Straßenreinigung/Winterdienst	Reduzierung um	-140.000,--
1/816-050	Straßenbeleuchtung, Neubau	Erhöhung um	200.000,--
1/817-050	Friedhof, Erweiterung	Reduzierung um	-180.000,--
1/840-001	Erwerb von Grundstücken	Reduzierung um	-240.000,--
1/840-3466	Tilgung Darlehen Grunderw. 1992	Erhöhung um	840.000,--
1/840-3467	Tilgung Darlehen Grunderw. 1993	Erhöhung um	3.080.000,--
1/840-6507	Zinsen Grunderwerbe 1993	Reduzierung um	-110.000,--
1/852-043	Anschaffung v. Abfallbehältern	Erhöhung um	100.000,--
1/853-010	Mehrzweckgebäude	Reduzierung um	-520.000,--
1/920-690	Abschreibung uneinb. Forderungen	Erhöhung um	130.000,--
			<u>5.360.000,--</u>

Nach Beantwortung einiger Anfragen wird der vorliegende Nachtragsvoranschlag für das Jahr 2000 in der vorgelegten und erläuterten Fassung einstimmig beschlossen.

4. Die Anweisung der vierteljährlichen Vorschüsse an den Vbg. Sozialfonds in Höhe von je ATS 510.000,-- laut Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung vom 13.2.2001 wird einstimmig beschlossen.
  
5. Raimund Hartmann, Obmann des Verkehrs- u. Umweltausschusses berichtet über die am 20. März stattgefundene Sitzung. Bei dieser Sitzung wurde vor allem das Projekt „Ausbau Schöffengeweg“ beraten. Vom Verkehrs- u. Umweltausschuss wird der Ausbau des Schöffengeweges derzeit nicht für sinnvoll angesehen und vorgeschlagen das Projekt vorläufig zurück zustellen. Begründung:
  - Ein Ausbau sollte für den gesamten Schöffengeweg geplant werden, keine Teillösung wie jetzt vorgesehen.
  - Kein Anrainer wünscht einen Ausbau auf die geplante Breite (4,5 m Fahrbahn und ein Gehsteig).
  - Auch die Fa. Keckeis benötigt keinen Ausbau, da der Firmenvorplatz unabhängig von der Straßensanierung durchgeführt werden kann.
  - Da die durchgeführte Verkehrszählung am Ende des Betriebsareals der Fa. Keckeis erfolgte, sollte an geeigneter Stelle (Mitte Schöffengeweg) die Zählung wiederholt werden.

Nach kurzer Diskussion wird beschlossen, den Ausbau des Schöffengeweges derzeit nicht durchzuführen und das Projekt vorläufig zurück zustellen.

Allerdings soll versucht werden mit Keckeis den Grundabtausch zur Entschärfung des Eckes beim Grundstück Nr. 1706/2 trotzdem durchzuführen. Sollte die Fa. Keckeis diesem Abtausch nicht zustimmen, muss der von der Fa. Keckeis genutzte Gemeindegund geräumt werden.

6. a) Die Niederschriften der Vorstandssitzungen 32 – 35 liegen zur Einsicht im Gemeindeamt auf.
- b) Am 30. März findet im Betriebsgebäude der Stadtwerke Feldkirch die Jahreshauptversammlung der Arge Erneuerbare Energie Vorarlberg statt.
- c) Am 9. März fand im Foyer der Volksschule die Jahreshauptversammlung der Ortsfeuerwehr statt. Der Vorsitzende und Vbgm. Wutschitz bedauern das mangelhafte Interesse der Gemeindevertreter.
- d) Der Vorsitzende berichtet, das die Fa. Team Electronics die Baupläne zur Errichtung des Betriebsgebäudes auf dem von der Gemeinde erworbenen Grundstück an der Treietstraße eingereicht hat.
- e) Der Gemeindevoranschlag für das Jahr 2001 wurde vom Land genehmigt
- f) Über vorgeschlagene Änderungen bei der Linie 63 (Viktorsberg – ÖBB-Haltestelle) wird kurz berichtet. Vom Vorstand wurden diese Änderungen abgelehnt, da die Mehrkosten in keinem Verhältnis zu den zu erwartenden Fahrgästen stehen.
- g) Schnetzer Walter kritisiert die durchgeführte Sanierung des Frutzdammweges zwischen Eisenbahntrasse und Autobahn. Er ist der Ansicht, dass durch diese Sanierung der Charakter des Weges verloren gegangen ist und die Arbeiten ohne Rücksicht auf die Natur durchgeführt wurde.  
Weiters stellt er fest, dass die Bepflanzung der Inseln in der Straße „Unterm Berg“ nicht wie beschlossen erfolgt ist und geändert werden sollte.
- h) Zur Anfrage von Marte Hannes wegen der Beitragszahlungen beim Schwimmbadverein, teilt der Vorsitzende mit, dass diese von den Gemeinden Zwischenwasser und Röthis noch nicht zur Gänze geleistet wurden. Dies werde bei der Sitzung am kommenden Mittwoch besprochen.
- i) Der Gemeinde wurde mitgeteilt, das der Schrenk-Grund im Kuster zum Preis von ATS 2000,-- per m<sup>2</sup> nicht verkauft werde.
- j) Entner Herbert stellt fest, dass seinerzeit ein Beschluss gefasst wurde, dass das Feuerwehrhaus gleichzeitig mit dem Mehrzweckgebäude geplant und errichtet werde. Der Vorsitzende stellt fest, das dies nicht möglich ist, jedoch die Planung des Gerätehauses gleich nach Fertigstellung des Mehrzweckgebäudes begonnen wird.
- k) Die Sparkasse hat die vorliegende Kostenschätzung für das Mehrzweckgebäude akzeptiert. Der Anteil der Sparkasse beträgt rund ATS 8.620.000,-- plus Mwst.
- l) Raimund Hartmann stellt fest, dass die Beteiligung bei der Flurreinigung am vergangenen Samstag sehr schlecht war. Sowohl einige Vereine als auch die Gemeindevertreter haben mit Abwesenheit gegläntzt.  
Nachbaur Fritz glaubt, dass die Motivation sehr mangelhaft ist und darüber nachgedacht werden müsste, wie diese zu verbessern wäre.  
Berichtet wird auch über die vielen festgestellten Grünmülldeponien entlang des unteren Frödischdammes.

- m) Zur Anfrage von Susanna Elsensohn wegen des Sommerkindergartens berichtet der Vorsitzende, dass eine Bedarfserhebung durchgeführt wird. Im Gemeindeblatt wurde darauf hingewiesen. Bisher sind jedoch noch keine Meldungen eingegangen. Es wird angeregt, zusätzlich noch die Eltern der in Frage kommenden Kinder anzuschreiben.
- n) Zur Anfrage von Nachbar Fritz wegen dem Stand der Unterschriftenaktion für den Umbau der Treietkreuzung in einen Kreisverkehr berichtet der Vorsitzende, dass die Unterschriftenaktion abgeschlossen ist und die Listen in den nächsten Tagen Landesrat Gorbach übergeben werden.

Ende der Sitzung: 22.00 Uhr

Der Schriftführer:

K. Frick, Gde.Sekr.

Der Vorsitzende:

A. Gut, Bgm.